

# Radikalenerlass: Betroffene wollen Entschuldigung

**Stuttgart.** Bei der Aufarbeitung des sogenannten Radikalenerlasses verlangen die vom Berufsverbot Betroffenen vor allem eine Entschuldigung der Politik. „Zunächst wünschen wir, dass sich die politisch Verantwortlichen bei uns und unseren Familien für das Unrecht entschuldigen“, sagte Klaus Lipps, Sprecher der Initiativgruppe „40 Jahre Berufsverbote“, laut einer Mitteilung vom Samstag. Zudem forderte die Initiative eine staatsbürgerliche Rehabilitation – und in einzelnen Fällen auch eine materielle Entschädigung der Betroffenen.

Mit Hilfe des 1972 eingeführten Erlasses hatte der Staat versucht, als verfassungsfeindlich verdächtige Staatsdiener oder Bewerber aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Manche der vermeintlichen Staatsfeinde fanden daraufhin keinen vernünftigen neuen Beruf und leben deshalb heute in Altersarmut. Auf Einladung von Grünen und SPD im baden-württembergischen Landtag hatten am Freitag 13 Betroffene aus dem Südwesten an einem Runden Tisch in Stuttgart teilgenommen – darunter einer, der in Bayern lebt.

Nach den Worten des Mitinitiators der Gesprächsrunde, des Grünen-Abgeordneten Uli Sckerl, wolle das Land dieses unrühmliche Kapitel der Geschichte ernsthaft aufarbeiten – unter anderem auch wissenschaftlich. Die Gespräche sollen in absehbarer Zeit fortgesetzt werden.

lsw